10 Proz. alte Wohnungsabgaben, insgesamt 160 Proz. zur Friedensmiete. Wenn nun zu diesen 160 Proz. noch eine weitere Erhöhung um 100 Proz. als Baukostenbeihilfe treten würde, so würde das insgesamt eine Verteuerung **um 260 Prozent** bedeuten. Wenn wenigstens ein erheblicher Teil der notwendigen Mittel auf dem Anleihewege beschafft werden könne, würde eine Erhöhung der Friedensmiete nur um 200 Proz. insgesamt eintreten. Aus der Mitte des Ausschusses wurde über eine solche starke Steigerung der Miete Klage geführt. Der Regierungsvertreter führte demgegenüber aus, daß eine solche Steigerung der Mieten bei der heutigen Geldentwertung nicht zu umgehen sei. Diese Mietssteigerung käme außerdem nicht dem privaten Hausbesitzer, sondern der Allgemeinheit zugute.

Das Ultimatum der Berliner Eisenbahnbeamten.

Zu den Nachrichten über die Stellung eines **Ultimatums der Berliner Eisenbahnbeamten** an die Regierung erfährt die „B. Z. am Mittag", daß es sich um den Beschluß von 150 Vertretern der etwa 5000 Mitglieder zählenden Fachgruppe nichttechnischer Eisenbahnbeamter Berlins handelt. Auf Grund dieses Beschlusses wird sich die Vertretung der Berliner Eisenbahnbeamten nunmehr mit dem Beamtenbund ins Einvernehmen setzen. Dieser bahnte neue Verhandlungen mit der Regierung bereits an. Eine unmittelbare Streikgefahr besteht demnach für den Berliner Eisenbahnverkehr nicht. Die Berliner Eisenbahnbeamten haben einen Aktionsausschuß gewählt, der innerhalb 5 Tagen eine befriedigende Erklärung der Regierung herbeiführen soll.

•

Der 23. Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage, ob und in welcher Form die Zuschüsse, welche die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung nach den zur Zeit im Reichsverkehrsministerium schwebenden Verhandlungen in den Orten mit besonders hohen Privatindustrielöhnen bekommen werden, auf die Beamten übertragen werden können. Von mehreren Rednern wurde die Auffassung vertreten, daß der Weg für einen gerechten Ausgleich in besonders teuren Orten gefunden werden müsse. Die Aussprache hierüber wird in den nächsten Tagen fortgesetzt. Anschließend hieran werden Erörterungen über die übrigen grundsätzlichen Besoldungsfragen gepflogen. Die Verhandlungen wurden als vertraulich bezeichnet.

Neue Forderungen der österreichischen Beamten.

Aus **Wien** wird gemeldet: Gestern wurde eine Versammlung von **Bundesangestellten wegen Erhöhung der monatlichen Bezüge** abgehalten, nach der eine Anzahl von Teilnehmern vor dem Parlament demonstrierte. Eine Abordnung erschien beim Bundeskanzler **Schober**, um ihm die Forderungen mitzuteilen. Der Bundeskanzler versprach, morgen eine Abordnung der Beamtenorganisationen zu empfangen. Eine Entschließung sei aber morgen aus dem Grunde schwierig, weil der Tag mit schwerwiegenden Verhandlungen ausgefüllt sein werde und bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage mit dem Rücktritt der Regierung gerechnet werden müsse.

Der preußische Staatshaushalt für 1922.

Im preußischen Landtage führte bei Einbringung des Haushaltsplanes für 1922 der Finanzminister u. a. aus: Der Haushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit über 29 Milliarden Mark ab. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 3519 Millionen Mark. Aus der Reichseinkommensteuer fließen uns rund 12400 Millionen Mark zu. Davon erhalten die Gemeinden 2800 Millionen Mark. Der Haushaltsplan für 1921 wies einen Fehlbetrag von 2,4 Milliarden Mark auf, die noch zu decken sind. Im Reichshaushaltsplan sind jetzt die Einnahmen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer ganz bedeutend gewachsen. Das muß auch für Preußen eine Steigerung der Einnahmen aus diesen Quellen um 2225 Millionen Mark bedeuten. Dieser Verbesserung stehen aber außerordentlich hohe Mehrausgaben gegenüber, insbesondere die durch die Verbesserung der Beamtenbesoldung verursachten. Der Gesamtanteil Preußens an den Steuereinnahmen des Reiches wird sich gegen das Vorjahr um rund 4 Milliarden Mark steigern. Der Minister wies auf die ungeheure Belastung hin, die dem Staate aus der durch die Geldentwertung bedingten **Erhöhung der Beamtengehälter** erwachsen. Die Länder können unter diesen Umständen ihrer Pflicht nur nachkommen, wenn sie vom Reiche nicht nur Vorschüsse, sondern auch Zuschüsse erhalten. Das Reich knüpft daran allerdings Bedingungen. Bei der schlechten Finanzlage des Reiches aber ist es verständlich, daß es von den Ländern die allersparsamste Wirtschaft verlangt. Einige **Gemeinden** haben tatsächlich bei der Bemessung der Beamtengehälter nicht das Maß gehalten, das durch die schlechte Finanzlage geboten ist. Es geht nicht an, daß die Staatsbeamten schlechter bezahlt werden als die Gemeindebeamten.

Es müssen möglichst die staatlichen Betriebe beweglicher und kaufmännisch moderner gestaltet werden. Die durch den Krieg entstandenen Kosten müßten Preußen schneller als bisher aus dem Reiche erstattet werden. Die Folgen des Londoner Ultimatums waren geradezu katastrophal für Preußen und das Reich. Fast die ganze Hälfte des Zuschußbedarfes des Reiches muß heute durch Notenumlauf gedeckt werden. Die in London übernommenen Lasten haben sich für uns schon um mehr als das dreifache vermehrt. Die letzten Stimmen aus London zeigen die Ansicht, daß eine gewisse Wirtschaftsharmonie aller Völker notwendig sei. Nicht irgendwelche Sympathie für uns, aber die eigenen Interessen der Länder werden sie nötigen, sich die Frage vorzulegen, ob sie bei der Fortsetzung der irrsinnigen Politik gegen Deutschland nicht ihr eigenes Volk am schwersten schädigen. Aus Amerika kommen auch verständige Stimmen. Alles das läßt die Möglichkeit offen für die kleine Hoffnung, daß wenigstens in absehbarer Zeit bessere Zeiten kommen werden. Wenn das deutsche Volk sieht, daß es nicht vernichtet werden soll, dann wird es sein äußerstes tun, um sich seine Stellung im Rate der Völker wieder zu erringen. Wir können nur durch Anspannung aller Kräfte, durch Arbeit zeigen, daß wir in diesen ernsten Zeiten alles tun werden, um wieder zu ordentlichen staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen. Das Haus vertagte sich darauf auf Donnerstag.

Die neue französische Regierung für das Wiesbadener Abkommen.

Der neue französische Minister für die befreiten Gebiete **Reibel** hat sich gestern vormittag zu Pressevertretern über sein **Wiederaufbauprogramm** ausgesprochen. Er versicherte, den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen. Der Finanzminister de Lasteyrie habe bereits die Gewähr gegeben, daß das Wiederaufbauprogramm der vorangegangenen Regierung ausgeführt werden könne. Dieses Programm werde so bald wie möglich wieder normale Verhältnisse herstellen. Der Minister rechnet vor allem auf die Unterstützung der privaten Industrie. Er stehe dem Vertrage der **Sachlieferungen**, den sein Vorgänger Loucheur in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen habe, durchaus freundlich gegenüber. Die Abmachungen, die zur Zeit noch der Prüfung der alliierten Regierungen unterlagen, würden die wünschenswerten Vorsichtsmaßnahmen enthalten, um die französische Industrie nicht zu schädigen. Nach seiner Ansicht hätten die Geschädigten alles Interesse an der Annahme aller dieser Lieferungen, die eine wertvolle Ergänzung zu den Hilfsmitteln des Budgets bildeten.

Von der Washingtoner Konferenz.

Havas meldet aus Washington: Im Ausschuß für den fernen Osten wurde der amerikanische Vorschlag, der sich auf die militärische Räumung der russischen Gebiete und die Beseitigung jeder bevorzugten Stellung in den besetzten Gebieten bezieht, zur Annahme empfohlen. Der französische Vertreter Sarraut erinnerte daran, daß Frankreich vielleicht der älteste Verbündete Rußlands sei. Er erklärte sich von der formellen Versicherung Japans, daß die japanischen Truppen sobald wie möglich aus Rußland zurückgezogen werden würden, und daß in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht eingegriffen werden solle, befriedigt. Er fügte hinzu, Frankreich beabsichtige die Integrität Rußlands zu respektieren und sich in die russische Innenpolitik nicht einzumischen. Die japanische Erklärung wurde darauf mit der amerikanischen Antworterklärung angenommen, und kann nun der Plenarsitzung vorgelegt werden.

Der „Newyork Herald" meldet aus **Washington**: Die Abrüstungskonferenz soll ihre Verhandlungen mit einer **Resolution über die Landrüstungen** abschließen, der wahrscheinlich die bekannte Rede Briands zu Grunde gelegt werde.

Die furchtbare Hungersnot in Rußland.

Aus Genf wird gemeldet: In seinen gestrigen Ausführungen auf der Konferenz des internationalen Komitees für die Rußlandhilfe schilderte **Nansen** die **furchtbare Hungersnot in Rußland**, die unaufhörlich weiter um sich greife und jetzt ein von fast 32 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. 19 Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon **15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tode** verfallen. Es war ein ernster Augenblick, als Nansen erklärte, **alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Appell im September gehört worden wäre.** Wenn aber die, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen sollten, so müßten die Regierungen jetzt eingreifen und dürften keinen Tag mehr verlieren.

Sowjetrußland und das bürgerliche Europa zwei geschworene Feinde.

Auf der **Konferenz der Arbeiterjugend** in Moskau hielt **Trotzki** eine Rede, in der er u. a. sagte: Rußland ist die einzige Arbeitermacht in der ganzen Welt. Hat uns die Bourgeoisie bis jetzt nicht beseitigen können, wo wir verhältnismäßig schwach waren, so wird es ihr jetzt niemals mehr gelingen. Die **Sowjetrepublik** und das **bürgerliche Europa** sind mit **zwei geschworenen Feinden** zu vergleichen, die zusammen das Abteil eines Eisenbahnzuges besteigen, beherrscht von dem Gedanken, daß nur einer von den beiden am Leben bleiben darf, und jeder bereit, den anderen aus dem Fenster zu werfen. Es vergeht eine halbe Stunde, und dies ist noch nicht gelungen; vielleicht müssen sie noch eine halbe Stunde zusammen fahren. Man muß es sich also irgendwie bequem machen und die Koffer unterbringen. Aber sie bleiben deshalb doch geschworene Feinde. So müssen wir eine Zeit lang mit den Bourgeoisstaaten leben. Ob es für uns viel Zweck hat, nach **Genua** zu gehen, mag zweifelhaft sein, aber es ist zu bemerken, daß Frankreich, das immer erklärt hatte, es werde sich nicht an einen Tisch mit uns setzen, zuerst kapituliert hat, und jedenfalls werden wir nichts verlieren, wenn wir auf der größten internationalen Konferenz, die je einberufen worden ist, mit mehreren Gruppen gleichzeitig verhandeln können.

Ein Kongreß der Werktätigen des Fernen Ostens.

Am 22. Januar wurde in Moskau der Kongreß der Werktätigen des Fernen Ostens eröffnet. Es sind etwa 200 Delegierte eingetroffen, von denen 40 Prozent Kommunisten sind. **Sinowjew** begrüßte den Kongreß und führte aus, man dürfe die Weltrevolution nicht mit der Revolution in Europa identifizieren; so wichtig diese sei, werde der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie doch nur im Weltmaßstabe möglich sein. Der Angelpunkt der gesamten Weltpolitik sei die Kolonialfrage. Sodann sprach der Veteran der japanischen Revolutionäre **Katayama**, mit stürmischem Beifall begrüßt; er sagte, das Weltproletariat müsse seine Reihen schließen, damit es mit vereinten Kräften den Imperialisten aller Länder die Entscheidungsschlacht liefern könne. Namens des Allrussischen Zentralvollzugsausschusses führte **Kalinin** aus, der Grundzug der Sowjetpolitik bestehe darin, daß es nicht auf die Ausbeutung anderer Völker abgesehen sei; es handle sich um einen gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Der Wortführer der japanischen Delegation **Mozu** bezeichnete die Washingtoner Konferenz als einen Mißerfolg, der unvermeidlich einen Zusammenstoß zwischen Japan und Amerika nach sich ziehen werde. Weiter sprachen Vertreter der revolutionären Partei der Mongolei, des Proletariats von Java und Holländisch-Indien, der kommunistischen Jugendinternationale und der indischen kommunistischen Partei.

Gefährliche Lage in Indien.

Lord **Northcliffe** hat bei seiner Abreise von Indien in Bombay in einer Erklärung auf die **gefährliche Lage in Indien** hingewiesen, von der man sich in England keine genügende Vorstellung mache. Die Mohammedaner und die Hindus bereiteten Unruhen vor und die indischen Zeitungen forderten die Weißen zum Verlassen des Landes auf. Die Mohammedaner seien erbittert wegen der britischen Politik gegenüber der Türkei und erklärten, Adrianopel und der Teil Kleinasiens, welche der Türkei durch den Vertrag von Sèvres genommen wurden, müßten ihr zurückerstattet werden. Die Mohammedaner wünschten auch, daß der Sultan als Haupt des Islam und als Hüter der heiligen Orte Mekka, Medina und Bagdad anerkannt werde.

Zum Ableben des Papstes.

Aus **Rom** wird gemeldet: Das Kardinalkollegium hat beschlossen, daß die **Bestattung des Papstes** heute um 3 Uhr nachmittags stattfinden soll. Das Kollegium bestimmte auch, daß der Feierlichkeit nur die Kardinäle, das diplomatische Korps und Vertreter der römischen Patrizierschaft beiwohnen sollten.

Das Konklave.

Im Vatikan wird ein neuer Papst gewählt. Im Laufe der Jahrhunderte hat dieses Ereignis viel mit der katholischen Kirche an Bedeutung verloren. Früher galt die Wahl dem Oberhaupt der Christenheit, dem neuen Herren der Welt. Aber auch heute ist der Stuhl Petri ein viel begehrtes politisches Möbelstück. Der Kardinal Gasparri gilt als aussichtsreichster Anwärter, aber schon macht sich einige Opposition gegen ihn geltend. Er hat die Verhandlungen mit der italienischen Regierung geleitet und als Endziel schwebte ihm eine vollständige Aufhebung der „Gefangenschaft der Päpste" vor. Diese Gefangenschaft ist nur eine freiwillige, aber sie gilt gleichsam als ewiger Protest gegen die Konkursation des Kirchenstaates. Ein Teil der Kardinäle will mit der seit 1871 geübten Tradition der Feindschaft gegen Italien nicht brechen. Als ihr Oberhaupt gilt der Kardinal Delai, der nichts von Versöhnung mit Italien, nichts von Freundschaft mit Frankreich wissen will. Benedikt hat den katholischen Staatsoberhäuptern die Erlaubnis erteilt, den König von Italien in Rom besuchen zu dürfen, und eben schickt sich der belgische König an, von diesem Recht Gebrauch zu machen. All das wird Gasparri verübelt. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß, wenn nicht Gasparri, so doch ein Franzosenfreund gewählt wird, der aber kaum Italien gegenüber die Politik Benedikts fortführen wird. Die Papstwahl selbst ist überdies ein Zeichen des gesunkenen Ansehens Deutschlands. Einstmals konnte die Wahl Rampollas von hier aus hintertrieben werden, heute mag ein anderer Protektor der „ältesten Tochter der Kirche" den Stuhl Petri zieren. Wir sind so anspruchslos geworden, daß wir darin kaum eine besondere Bedrohung unserer Interessen sehen können.

Das Vermögen Benedikts XV.

Nach dem „Giornale d'Italia" hat das vorhandene Vermögen des Papstes die Kardinäle überrascht. In seiner Privatkasse sollen nur 700 000 Lire vorgefunden worden sein, während man darin 2—3 Millionen Lire vermutete.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Erklärung Sisonows. Nach einer Warschauer Meldung des „Berl. Tagebl." erklärte der frühere russische Minister des Aeußern Sisonow gegenüber einem dortigen Blatte, mit Bedauern müsse er feststellen, daß die in Berlin gedruckten Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges echt seien. Das „Berl. Tagebl." bemerkt, die Annahme, daß die von ihm veröffentlichten Berichte Iswolskis aus der Dokumentensammlung des früheren russischen Legationssekretärs in London Siebers herrührten, sei durchaus irrtümlich. Siebers habe damit nicht das mindeste zu tun.

Gegen die Forderungen der Gewerkschaften auf Organisationszwang. Die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat gestern als Vertretung des gesamten deutschen Bergbaues einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie die auf einen Organisationszwang hinauslaufende Forderung der Gewerkschaften, wonach künftighin Soziallohn (Hausstandsgeld, Kindergeld, Urlaubsgeld) Arbeitern, die nicht bestimmten Organisationen angehören, entzogen werden soll, als verfassungswidrig ablehnt. Sie ist der Auffassung, daß nur auf dem Wege der Gesetzgebung die aufgeworfene Frage der zwangsweisen Zugehörigkeit von Arbeitnehmern zu bestimmten Organisationen entschieden werden könne.

Warum die Engländer Frieden wollen.

Die große Rede, die Lloyd George als deutliche Antwort an Poincaré am 23. Januar gehalten hat, gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß sie zum ersten Mal wieder die Ideale des „alten", durch den Krieg scheinbar vernichteten England hervorhebt. Dieses alte England der Cobden und Gladstone war ja auf dem Freihandel aufgebaut, den im Kriege eine notwendig gewordene Schutzzollpolitik beseitigen mußte. England aber fühlt sich in diesem neuen Sozialstaat mit seiner Bevormundung des Bürgers nicht wohl und möchte, je eher, je lieber, zu den Idealen der Väter zurückkehren. Dem aber steht das weltwirtschaftliche Chaos der Nachkriegszeit, steht die unheimlich fortglimmende Kriegsgefahr hindernd entgegen. Lloyd Georges neueste Rede bedeutet eine Absage gegen das durch den Krieg geschaffene England; sie läßt in ihren Gedankengängen die Devise des Cobden-Clubs anklingen: „Freihandel, Friede, Vertrauen unter den Völkern". Warum die Engländer Frieden wollen, das geht sehr deutlich aus den Gedankengängen hervor, die der bekannte Berliner Nationalökonom Prof. Hermann Levy im Schlußkapitel seines soeben bei B. G. Teubner in Leipzig erschienenen tiefgründigen Werkes „Die englische Wirtschaft" niedergelegt hat. Der Freihandel hat es sicherlich in England mit sich gebracht, daß das Land für den Fall kriegerischer Verwicklungen wichtiger Hilfsmittel entblößt würde. Der Weltkrieg hat diese nationale Gefahr ein für allemal erwiesen, und die heutige Schutzzollbewegung ist eine Folge dieser Tatsache. Der Freihandel mußte zu dieser Gefährdung führen, weil er von dem Grundsatz ausgeht, daß ein jedes Land ohne sonstige Rücksichten alle Waren, vor allem aber Nahrungsmittel und Rohstoffe, dort einkaufen soll, wo sie am billigsten sind. Das ist aber nur möglich, wenn eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens herrscht, und daher setzt der Freihandel eine unbedingt friedliebende Politik als Grundlage voraus. Ist die politische Atmosphäre wie jetzt mit Haß und Mißtrauen vergiftet, dann muß jedes Land wirtschaftliche Interessen den politischen opfern und unter den höchsten Kosten seine „nationale Sicherheit" gewährleisten. So wird das Mittel der Kriegsbereitschaft teuer bezahlt, und den Engländern, die stets praktische Leute waren, wird es am meisten aus der Seele gesprochen sein, wenn Lloyd George sagte, die militärischen Sachverständigen seien noch sehr viel teurer als die wirtschaftlichen. England hat seine ganze Wirtschaft in früheren Zeiten so vollständig auf den Freihandel eingestellt, daß eine radikale Umformung nur unter den schmerzhaftesten Opfern möglich wäre. Während sich z. B. ein Land wie Deutschland einen Vorrat für den Kriegsfall mit einer Reserve von ein Zehntel seines Brotgetreidebedarfes „hinlegen" kann, braucht England einen solchen in Höhe von vier Fünftel seines Jahreskonsums, und so ist es in vielen anderen Fällen. Die Beschränkung der englischen Ausfuhr wirkt da als ein furchtbares Menetekel, und es ist anzunehmen, daß bei einem Fortschreiten der Entwicklung in den jetzigen Bahnen die materiellen Belastungen für England immer größer werden werden, während die Wirkungen der Schutzzollpolitik in der Zeit des Ueberganges und des Wirtschaftschaos noch weniger fühlbar erscheinen. Schon der Bericht der englischen Wirtschaftssachverständigen von 1918, die einen ausgezeichneten Ueberblick über die durch den Krieg geschaffene Lage gaben, zeigte sich durchaus nicht für den Schutzzoll begeistert. Hier wurde auch bereits eine gerechte Beurteilung für die Ursachen des deutschen Emporkommens in der Weltwirtschaft gegeben. Es heißt da: „Der Erfolg des ausländischen Wettbewerbes beruhte auf einer Reihe von Ursachen; in einzelnen Fällen auf gewissen natürlichen Vorteilen hinsichtlich der Rohstoffe, in anderen Fällen auf der Billigkeit der Arbeit oder auf den niedrigen Produktionskosten, oder sie beruhte auf der erfinderischen Schaffung neuer Bedürfnisse, auf den konsumierenden Märkten." Es wird darauf hingewiesen, daß die ausländischen Kaufleute Methoden angewendet hätten, die vielfach bedeutend wirksamer waren als die britischen, und daß Deutschland seine Industrie seit den 70er Jahren mit allen modernen Errungenschaften neu aufbauen konnte. Sodann wird die frühzeitige Erkennung wissenschaftlicher Durchdringung von Wirtschaft und Technik in Deutschland hervorgehoben; es wird an die Sprachkenntnisse der Deutschen erinnert und an ihre organisatorischen Fähigkeiten. Dieser amtliche Bericht hielt sich also von den gehässigen Beschimpfungen der deutschen Konkurrenz, die bisher beliebt waren, vollkommen fern, und es scheint, daß dieser Geist kühler wirtschaftlicher Beurteilung der Dinge nun auch in der „hohen Politik" Englands wirksam wird.

SLUB
Wir führen Wissen.